

WIRTSCHAFT

Milliarden für Beamte: Jetzt warnt das Finanzministerium vor den Folgen

1,2 Milliarden mehr für Beamte: Jetzt reagiert das Finanzministerium unter Lars Klingbeil auf Dobrindts Reform – und warnt vor wachsendem Druck im Haushalt.



Flynn Jacobs

03.11.2025, 18:16 Uhr



Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) soll den Sparkurs sichern – doch Dobrindts Beamtenreform macht das schwieriger.

Metodi Popow/imago

Neuer Streit um die Staatsfinanzen: Die geplante Reform der Beamtenbesoldung droht den Bundeshaushalt um rund 1,2 Milliarden Euro zu verteuern. Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) will die Bezahlung von Beamten, Richtern und Soldaten rückwirkend anpassen – eine Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

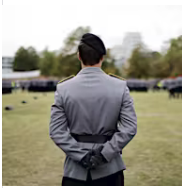
Weil die Regelung bis 2020 zurückwirken soll, drohen milliarden schwere Nachzahlungen – und steigende Personalkosten mitten in der Haushaltsdebatte.

Wie die Bundesregierung die zusätzlichen Ausgaben ausgleichen will, ist bislang offen. Auf Anfrage teilt das Bundesfinanzministerium (BMF) mit, die Bundesregierung setze „die im Koalitionsvertrag vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen um“. Demnach sollen in der Bundesverwaltung bis Ende 2025 rund 600 Planstellen gestrichen werden, bis 2026 weitere 2000. Das entspräche jährlichen Einsparungen von etwa 181 Millionen Euro. Gleichzeitig

räumt das Ministerium ein: „Unabhängig hiervon bleibt der Konsolidierungsdruck hoch.“

„Konsolidierungsdruck bleibt hoch“ – Klingbeils Ministerium verteidigt Sparkurs

Der Gesetzentwurf, der derzeit zwischen den Ressorts abgestimmt wird, soll Anfang November im Kabinett beschlossen werden. Nach Informationen der Wirtschaftswoche umfasst er nicht nur aktive Bundesbeamte, sondern auch rund 180.000 Soldaten, Richter und Pensionäre. Für sie sind ebenfalls Nachzahlungen vorgesehen. Besonders brisant: Die zusätzlichen Ausgaben würden ausgerechnet 2027 kassenwirksam – in einem Jahr, in dem dem Bund ohnehin ein Defizit von rund 37 Milliarden Euro droht.



+ Milliarden für Beamte: Soldaten und Pensionäre bekommen jetzt auch mehr Geld

Wirtschaft 29.10.2025



+ Hunderttausende Beamte bekommen bald mehr Gehalt: So viel kostet das den Staat

27.10.2025



Das von Lars Klingbeil (SPD) geführte Finanzressort vermeidet damit eine klare Antwort auf die Frage, ob die milliarden schwere Beamtenreform den Spareffekt faktisch neutralisiert. „Alle Ressorts müssen hierzu ihren Teil beitragen“, heißt es lediglich weiter – also auch das unionsgeführte Innenministerium, das das teure Besoldungsgesetz vorantreibt. Eine direkte Erklärung, wie die 1,2 Milliarden Euro finanziert werden sollen, blieb das Ministerium hingegen schuldig.

Die Reform gilt als Reaktion auf ein Urteil, das dem Staat eine zu niedrige Besoldung zwischen 2009 und 2015 attestierte. Die Alimentation müsse mindestens 15 Prozent über der Grundsicherung liegen, so die Richter. Besonders Beamte mit mehreren Kindern waren zu schlecht gestellt. Seitdem hat sich zwar die Grundsicherung – etwa durch das Bürgergeld – erhöht, die Besoldung des Bundes aber nicht in gleichem Maße.



+ Deutschlands Schulden steigen – und Klingbeil verliert die Kontrolle über die Finanzen

Lars Klingbeil (SPD) versagt als Finanzminister: Schulden steigen, Vertrauen sinkt – und die junge Generation zahlt den Preis. Ein Kommentar.

Viele Bundesländer haben ihre Strukturen bereits angepasst, teils mit Sockelbeträgen oder prozentualen Zuschlägen. Der Bund hinkte bislang hinterher – und steht nun unter doppeltem Druck: verfassungsrechtlich, weil er das Urteil umsetzen muss, und haushaltspolitisch, weil die Umsetzung teuer wird. Ausgerechnet die Reform, die eine Schieflage korrigieren soll, könnte den Sparkurs der Bundesregierung also ausbremsen.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.